

EINSPRUCH

gegen den

Antrag der Recyclingpark Neckartal GmbH Stuttgart v. 24.11.2016
auf Immissionsschutzrechtliche Genehmigung einer Anlage nach BImSchG
zur Lagerung und Behandlung gefährlicher Abfälle auf dem Gelände Neckartalstraße 225.

Mein Einspruch richtet sich nicht gegen das notwendige Annehmen und Aufarbeiten von Abfällen aller Art, auch gefährlicher Abfälle, an sich, sondern dagegen, daß dies ausgerechnet im „Travertin-Steinbruch“ als einem dafür **gänzlich ungeeigneten Standort** geschehen soll.

Der vorliegende Antrag ist als **nicht genehmigungsfähig** zurückzuweisen.

BEGRÜNDUNG

1.) Standort „Travertin-Steinbruch“ nicht geeignet

Es ist völlig unverständlich, ausgerechnet den „Travertin-Steinbruch“ auf dem Gelände Neckartalstraße 225 mitten im **Heilquellen-Schutzgebiet** zur **Lagerung und Behandlung von Abfällen aller Art, auch gefährlicher Abfälle**, nutzen zu wollen. Das ehemalige, aufgelassene Steinbruchgelände ist dafür **denkbar ungeeignet**; damit würde das **Mineralwasser gefährdet** und zudem auch **ein naturhistorisches Zeugnis** und ein **Kultur-Denkmal für immer zerstört** sowie ein **stadtnaher Naturraum vernichtet**. Das gilt es zu verhindern.

Der Antragsteller bzw. dessen Gesellschafter betreiben seit langem an mehreren Standorten im Stuttgarter Stadtgebiet derartige Anlagen zur Lagerung und Behandlung von Abfällen aller Art, auch gefährlicher Abfälle, so u.a. in Stuttgart-Feuerbach und Stuttgart-Möhringen. Diese sollten für die im Stadtgebiet Stuttgart anfallenden Abfallmengen ausreichen; ggf. mit Anlagen-Nachbesserungen dort. Außerdem gibt es die städtischen Wertstoffhöfe zur Annahme privater und gewerblicher Problemstoffe.

Wenn darüber hinaus noch zwingend zusätzliche Flächen nötig sein sollten, sind dafür aufgelassene Flächen stillgelegter Industrie-Anlagen zu nutzen, etwa das ehemalige Kohlelager des Kraftwerkes Gaisburg in Stuttgart-Ost, aber nicht ein **natur- und kulturhistorisch so bedeutsamer Ort** wie der **Travertin-Steinbruch** im Neckartal in Bad Cannstatt.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb jetzt solche Abfallmengen wie beantragt von rd. 700.000 t jährlich „aus der Region“ hinzukommen sollen, s. Abschn. 2.1 „Erläuterung / Veranlassung“. Der **Abfall von außerhalb Stuttgart** soll bitte auch dort aufgearbeitet und gelagert werden, wo er anfällt – Stuttgart darf nicht zur **Müll-Hauptstadt des Landes** verkommen; es darf **kein Müll-Tourismus** zugelassen werden!

1.1 Gefährdung des Mineralwassers – Verstoß gegen die Heilquellen-Schutzverordnung

Das antragsgegenständliche Standortgelände im Travertin-Steinbruch liegt teils in der Kernzone, teils in der Innenzone des festgelegten Heilquellen-Schutzgebietes. Nach §4 „Schutz der Innenzone“, Satz (2) ist dort die **Errichtung von Anlagen**, die **wassergefährdende** oder **organische Stoffe** verwenden, **verboten**.

Das Travertin-Gestein ist Deckschicht der Mineralwasserführenden Schichten. Bekanntlich tritt dort auch eine Mineralquelle, die sogen. Travertin-Quelle zutage. Zahllose Spalten und Klüfte stellen wasserführende Verbindungen zum Mineralwasser dar, durch die Niederschlagswasser in die Tiefe versickert und ins Mineralwasser gelangt. Dadurch können **Verunreinigungen** aller Art einschließlich der **ausgewaschenen Giftstoffe** von den dort vorgesehenen Behandlungsflächen in den Untergrund und damit in das Mineralwasser geschwemmt werden.

Nach der **Heilquellenschutzverordnung** ist das **nicht zulässig!** Der im Antrag als „Schutzmaßnahme“ gegen „Verunreinigung des Untergrundes“ angegebene „**Oberflächen-**

Aufbau der Lagerflächen mit **Asphalt** ist **unzureichend**; ein **Übertreten kontaminierten Niederschlagwassers** in die nicht befestigten Bereiche kann damit **nicht verhindert** werden. Außerdem bietet auch eine **Asphaltdecke keine Gewähr für dauerhafte Dichtigkeit**; durch nicht auszuschließende **Risse** und **Spalten**, die u.U. auch erst durch die Beanspruchung im laufenden Betrieb entstehen können, kann belastetes Niederschlags- und auch Berieselungswasser sehr wohl in den **Untergrund sickern** und das **Mineralwasser schädigen**. Die **dauerhafte Dichtheit** einer „Schwarzdecke“ wird ja **nicht überprüft**.

Die anstehende Sanierung des mit Teer-Rückständen verseuchten Kraftwerkgeländes in Gaisburg (Stgt.-Ost) sollte dafür ein **abschreckendes Beispiel** sein für den **nachlässigen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**, die ins Erdreich gelangen und das Grund- und Mineralwasser nachhaltig gefährden. Derartige Spätfolge-Schäden müssen im Travertin-Steinbruch unbedingt verhindert werden; darum kann das beantragte Vorhaben einer **Lagerung und Behandlung von Abfällen aller Art, auch gefährlicher Abfälle**, dort **nicht zugelassen** werden.

1.2 Vernichtung eines naturhistorischen Zeugnisses und eines Kultur-Denkmal

Der stillgelegte Travertin-Steinbruch Lauster ist eine **archäologische Fundstätte von Weltrang**, die noch viele, bisher nicht geborgene Zeugnisse aus der Urzeit wie auch aus der frühen Menschheitsgeschichte enthält. Durch die Errichtung der Anlagen zur Lagerung und Behandlung von Abfällen aller Art würde diese bedeutsame Fundstätte **unwiederbringlich verloren gehen**. Darüber hinaus stellen die dort vorhandenen Betriebshallen des vormaligen Steinbruch-Betriebes und die sogen. Fabrikanten-Villa ein **kulturhistorisch wertvolles Erbe** der beginnenden Industrialisierung der Landeshauptstadt Stuttgart dar, welches **seit 1987 unter Denkmalschutz** steht. Auf keinen Fall darf dies dem beantragten Vorhaben eines Müllbetriebes geopfert werden. Der Antrag ist abzuweisen!

1.3 Zerstörung eines Naturraumes im Stadtgebiet

Der Travertin-Park im stillgelegten Lauster-Steinbruch ist ein stadtnaher Naturraum mit einer vielfältigen, standortgemäßen Flora und Fauna, das als Naherholungsgebiet durch den vorgesehenen Abfallbetrieb in höchstem Maße bedroht wird. Die hier bislang heimische Population der seltenen, streng geschützten Mauereidechsen, immerhin mehrere hundert Tiere, wurde als vorgezogene „Maßnahme vorzeitigen Beginns“ bereits auf „Ausweichflächen umgesiedelt“, wie der Geschäftsführer der Neckarpark GmbH auf Nachfrage eingeräumt hat. Damit sind vom Vorhabenträger bereits während des laufenden Genehmigungsverfahrens **vollendete Tatsachen** geschaffen worden.

Der den Antrags-Unterlagen beigefügte Übersichtsplan weist nur wenige schmale, nicht zusammenhängende Flächen „a1, a2, b2 u. c2“ im südlichen Randbereich des Steinbruchgeländes aus, die als „CEF-Maßnahmen: Aufwertung bestehender Habitate“ bezeichnet werden – eine Verhöhnung des Naturschutzes! Wegen ihrer geringen Größe und der räumlichen Trennung untereinander sind diese Bereiche aus Naturschutzsicht wertlos und nur als „Alibi-Veranstaltung“ zu sehen.

2.) Antragstellung formfehlerhaft

2.1) Unvollständigkeit des Antrages

Die in Abschn. 2.1 „Erläuterung / Kurzbeschreibung des Vorhabens“ auf lediglich gut einer DIN4-Seite gegebenen **Erläuterungen** sind **völlig unzureichend** und **nicht geeignet**, die Tragweite des Vorhabens in Bezug auf die **davon ausgehenden Umweltauswirkungen** erkennen zu lassen. Das beginnt bereits mit der beschönigenden Bezeichnung „**Recycling-Park Neckartal**“ - das klingt fast so wie „Freizeitpark“; doch handelt es sich weder um einen „Park“ noch um eine Recycling-Anlage im Sinne einer Wiederverwertung. Niemand vermutet dahinter, daß hier **große Mengen hochgefährlicher Abfälle** und **Umweltgifte** umgeschlagen und gelagert werden sollen. Außerdem: wer kann schon ernsthaft gegen „Recycling“ sein, also die Wiederverwertung von Abfallstoffen? Doch ein Wiederverwerten von Abfallstoffen soll hier gar nicht stattfinden. Die Beschreibung des Vorhabens wie auch die der einzelnen Betriebs-Einheiten lauten dabei so harmlos, als handele es sich um einen Sandkasten auf dem Kinderspielplatz.

2.2) Fehlende Angaben in den Formblättern

Die für die Antragstellung **vorgeschriebenen Formblätter** sind nahezu **durchgängig nicht ausgefüllt** worden (betr.FB 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 2.10, 2.13); stattdessen wird jeweils auf die Beilagen verwiesen. Auf FB 2.14 „Brandschutz“ ist lediglich Ziff. 6 „Löschwasser-

Versorgung“ angegeben; die übrigen Fragen sind nicht beantwortet. Die verneinenden Angaben auf FB 2.18 „Wassergefährdende Stoffe“ und FB 2.19 „Auswirkungen auf die Umwelt“ sind **wider besseren Wissens falsch!**

Dies ist **so nicht zulässig**; die **geforderten Angaben** sind in den **einzelnen Formblättern vollständig und zutreffend einzutragen**. Es ist **nicht Sache der Genehmigungsbehörde**, sich diese jeweils selber aus den Beilagen herauszusuchen zu müssen. Die **Prüfung des Antrages** wird dadurch unnötig **erschwert** und dann nur mehr oder weniger oberflächlich durchgeführt. Erst recht kann dies dem Bürger nicht abverlangt werden, der sich anhand der ausgelegten Unterlagen über das beantragte Vorhaben kundig machen will. Er hat für die Einsichtnahme nur einen sehr eng begrenzten Zeitrahmen zur Verfügung, in dem dies gar nicht geleistet werden kann; außerdem kann auch nicht der dafür nötige vertiefte Sachverstand vorausgesetzt werden. Er kann so die Tragweite des Vorhabens gar nicht erkennen. Der Antrag ist zurückzuweisen.

2.3) **Unzulässiges Ausklammern der Bestands-Anlagen**

Auf dem antragsgegenständlichen Gelände betreibt der Antragsteller auf einer Teilfläche eine Anlage für Papier- und Kunststoff-Recycling, siehe den rot umrandeten Bereich auf Abb. 4 des Antrages.

Auf S.7 im Abschn. 2.1 „Erläuterungen / Kurzbeschreibung des Vorhabens“ heißt es dazu:

*„Der in Abb. 4 rosa markierte Bereich (Papier-/Kunststoffrecycling, s. 3.3.3, in den folgenden Plänen ausgegraut) wird **von diesem Genehmigungsvorhaben nicht erfasst**, er soll auf Grundlage der **bestehenden Genehmigung weiterbetrieben** werden. In diesem Bereich findet vorrangig die Annahme, der Umschlag, die Behandlung und das Zwischenlagern von Papier- und Kunststoffabfällen statt, weiterhin sind hier noch Büro- und Sozialräume vorhanden, die **genutzt werden**. Im Schall- und Staubgutachten werden diese auch erfasst, obwohl diese hier **nicht Genehmigungsantragsgegenstand ist**.“*

Es handelt sich folglich um die **Erweiterung einer bestehenden Anlage**; die immissionsschutzrechtliche Genehmigung muß für die **Gesamtheit der Betriebsanlagen derselben Art** beantragt werden, die in einem **engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen**, s. 4. BImSchV § 1, Satz (3).

Der vom Antragsteller eingereichte „Antrag auf Immissionsschutzrechtliche Genehmigung einer Anlage“ v. 24.11.2016 mißachtet diese Genehmigungs-Anforderung und ist demzufolge abzuweisen.

2.4) **Zulassung vorzeitigen Beginns**

Der Vorhabenträger hat mit gesondertem Schreiben v. 24.11.2016 die „Zulassung vorzeitigen Beginns“ nach § 8a BImSchG beantragt und hierzu als „**vorgezogene Maßnahme**“ die auf dem antragsgegenständlichen Betriebsgelände lebende Population der seltenen, **streng geschützten Mauereidechsen**, immerhin mehrere hundert Tiere, bereits im vergangenen Sommer, ohne die Entscheidung über die Genehmigung des Vorhabens abzuwarten, auf „**Ausweichflächen umgesiedelt**“, wie vom Geschäftsführer der Neckarpark GmbH auf Nachfrage eingeräumt wurde. Diese Vorgehensweise des Antragstellers ist unverständlich und zu mißbilligen. Wird die Genehmigung nicht erteilt, müssen die streng geschützten Tiere erneut eingesammelt und wieder zurückgebracht werden. Diese zweimalige Umsiedlung ist für die Tiere eine völlig unnötige doppelte Tortur, die wohl viele von ihnen nicht überleben werden.

Ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen an der beantragten Anlage bereits unternommen wurden, ob mit oder ohne Zustimmung der Genehmigungsbehörde, ist nicht bekannt. Der Antragsteller handelt hier auf eigenes Risiko; gem. § 8a BImSchG ist er verpflichtet, bei Ablehnung des Antrages **alle Schäden** auf eigene Kosten **zu beseitigen** und den **ursprünglichen Zustand wieder herzustellen**.

2.5) **Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt**

Nach §1 Abs. (2) 9. BImSchV ist die Umweltverträglichkeit der beantragten Maßnahme durch eine **UVP (Umwelt-Verträglichkeitsprüfung)** nachzuweisen. Dies hat der Antragsteller **unterlassen**. Auf dem dafür vorgesehenen Formblatt FB 2.19 hat er lediglich angegeben: „*Auswirkungen auf die Umwelt nicht zu erwarten*“. Diese **Angabe** ist angesichts der hier **zur Aufnahme, Bearbeitung und Lagerung vorgesehenen Mengen gefährlicher und hochgiftiger Abfallstoffe** (s. folgenden Abschn. 3) **schlicht falsch!**

Die **UVP-Pflicht** für das beantragte Vorhaben ergibt sich nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) aus Anlage 1 „**Liste UVP-pflichtige Vorhaben**“ **Ziff.**

8.9.1.1 „Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung ... **besonders überwachungsbedürftiger Abfälle** mit einer Aufnahmekapazität von 10 t je Tag oder mehr oder einer Lagerkapazität von 150 t oder mehr“.

Diese Grenzen gem. UVPG werden bei dem beantragten Vorhaben **weit überschritten**: In Abschn. 2.2.1 „Schematische Darstellung der Anlage“ des Antrages wird auf S.10 „Gehandhabte Stoffe“ auf die beigefügte Tabelle „AVV-Katalog“ mit Aufstellung der zur Annahme, Behandlung und Zwischenlagerung vorgesehenen Abfall-Arten und –Mengen verwiesen. Dort heißt es in der Zusammenfassung, daß **täglich 1.422 t gefährliche Abfälle** angeliefert und **5.395 t gefährliche Abfälle** auf dem Betriebsgelände **gelagert** werden sollen - bei insgesamt 22.917 t Abfällen täglich und einer Gesamtlagermenge von 72.495 t.

In Abschnitt 2.6 „Prüfung der Umweltverträglichkeit“ führt der Antragsteller lediglich aus, der Betrieb der Anlage sei *„in der Weise atypisch, dass er nach Art und Betriebsweise von vornherein keine Störungen befürchten lässt und damit seine Gebietsverträglichkeit dauerhaft und zuverlässig gesichert ist. Der zu untersuchende Teil des Betriebsgeländes ist abgelegen von der nächstgelegenen geschlossenen Wohnbebauung und anderen geschützten Nutzungen. Somit ist bereits aufgrund der Lage des Vorhabens eine Atypik anzunehmen, da schädliche Umwelt-Einwirkungen für die Umwelt nicht zu besorgen sind. Art und Weise der Anlage lassen keine Störungen befürchten, so dass die Verträglichkeit mit dem hier ausgewiesenen Industrieviertel und den Anforderungen des Bebauungsplanes dauerhaft und zuverlässig gesichert ist.“*

Diese **Einlassungen des Antragstellers** sind nicht nur hinsichtlich der **Verneinung jeglicher Umwelt-Einwirkungen unzutreffend**; sie **entbinden auch keinesfalls von der nach UVPG vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung!** Die Behauptung des Antragstellers, das *„Betriebsgelände ist abgelegen von der nächstgelegenen geschlossenen Wohnbebauung und anderen geschützten Nutzungen“* ist **eindeutig falsch** – in etwa **30 m Entfernung** von der Grundstücksgrenze erstreckt sich nördlich auf der anderen Seite des Bahndammes ein **großes geschlossenes Siedlungsgebiet** – der **Stadtteil „Münster“**. Südlich liegt in etwas größerem Abstand die große **Wohnsiedlung „Hallschlag“**. Allein schon angesichts der **Art und Menge gefährlicher Abfallstoffe** kann eine **erhebliche Umweltgefährdung** insbesondere für das **Grund- und Mineralwasser** nicht einfach mit dem Hinweis auf eine „atypische Anlage“ abgetan werden, um eine **Umweltverträglichkeitsprüfung zu umgehen**.

Sofern der Antrag aufrecht erhalten werden soll und nicht zurückgezogen wird, ist dieser entsprechend zu überarbeiten und die erforderliche **Umweltverträglichkeitsprüfung nachzuholen**. Die **Umweltverträglichkeitsprüfung** ist **Bestandteil der öffentlich auszulegenden Unterlagen**, s.9. BImSchV §10. Diese **Unterlage fehlt**, die **öffentliche Auslegung muß wiederholt** werden.

3.) Umgang mit gefährlichen Stoffen

3.1) Art und Menge der gefährlichen Stoffe

Der Antragsteller beantragt die *„Annahme, Zwischenlagerung, Behandlung, Sortierung, Trennung und den Umschlag gewerblicher, industrieller sowie kommunaler Abfälle“* mit **668.450 t/a Jahresdurchsatz**, davon **55.950 t/a gefährliche Abfälle** (s. S.9 Abschn. 2.2.1 „Schematische Darstellung der Anlage / Betriebsablauf - Übersicht“), eingestuft nach der 4.BImSchV / Anhang Ziff. 8.11, 8.12 sowie 8.15, d.h. für **besonders überwachungsbedürftige Abfälle** (s. S.7 Abschn. 2.1 „Erläuterung / Kurzbeschreibung des Vorhabens / Art und Umfang der Anlage“).

In der als „AVA-Katalog“ beigefügten „Tabelle der gehandhabten Stoffe“ sind u.a. aufgeführt:

- gebrauchte Geräte, die **Fluorchlorkohlenwasserstoffe** enthalten => **giftig, wassergefährdend, WGK 3**
- Leuchtstoffröhren u. andere **quecksilberhaltige Abfälle** => **hochgiftig, wassergefährdend, WGK 3**
- **Bleibatterien** => enthalten **Schwefelsäure** => **giftig, wassergefährdend, WGK 3**
- **Asbesthaltige** Baustoffe, Dämmmaterial, das **Asbest** enthält => **krebserzeugend, wassergefährdend**
- Glas, Kunststoff u. Holz, das **gefährliche Stoffe** enthält => **giftig, krebserzeugend, wassergefährdend**
- **Kohlenteer** und **teerhaltige** Produkte => **giftig, krebserzeugend, wassergefährdend**
- **kohlenteerhaltige** Bitumengemische => **giftig, krebserzeugend, wassergefährdend**
- Baggergut, das **gefährliche Stoffe** enthält => **giftig, krebserzeugend, wassergefährdend**

- Beton, Boden und Steine, die **gefährliche Stoffe** enthalten => **giftig, krebserzeugend, wassergefährdend**

u.v.a.m., **insgesamt 1.422 t gefährliche Abfälle täglich** und einer dafür vorgesehenen **Lagermenge von 5.395 t!** Die Angabe **„Keine“** auf FB 2.18 **„Wassergefährdende Stoffe“** ist jedenfalls **wider besseren Wissens falsch!** Es sind **hunderte Tonnen wassergefährdende Stoffe auf dem Gelände vorgesehen.**

3.2) Handhabung der gefährlichen Stoffe

Die Erläuterungen in den Antragsunterlagen geben nicht viel darüber her, was im einzelnen mit den angelieferten Abfällen geschehen soll. Erwähnt ist lediglich, daß diese bei Bedarf „gebrochen“ und ggf. „gesiebt“ sowie entweder zwischengelagert oder „umgeschlagen“, d.h. zum Abtransport auf andere LKW umgeladen werden sollen. Die im Abschn. 2.4 „Arbeitsschutz“ auf S. 4 aufgelisteten Anlagenteile: „Silobehälter, Radlader, Bagger, hydraulischer Meißel, Brech- und Siebanlage sowie Förderband“ lassen andere Arbeitsgänge, insbesondere ein „Wiederaufarbeiten“, auch gar nicht zu.

Nun können z.B. **Bleibatterien** nicht einfach „gebrochen“ und „gesiebt“ werden – was also soll mit diesen geschehen? Bekanntlich sind diese mit **Schwefelsäure** gefüllt; diese ist **giftig und wassergefährdend** und **kann nicht darin verbleiben**, sondern muß in jedem Fall **abgelassen** und **neutralisiert** werden. Dafür **geeignete Arbeitsplätze** sind im Antrag aber **nicht aufgeführt**; auch eine dafür zwingend notwendige **Neutralisationsanlage** ist **nicht vorgesehen**. Wie soll da glaubhaft sichergestellt werden, daß **Säure weder ins Abwasser noch in den Untergrund** und damit **ins Mineralwasser gelangen** kann?

Ähnlich sieht es mit **Leuchtstoffröhren** aus. Was soll mit diesen geschehen? Zerschlagen diese, ob gewollt oder versehentlich, entweicht unweigerlich der darin enthaltene **hochgiftige, stark gesundheitsschädliche Quecksilberdampf** – zwar jeweils nur wenige Milligramm, in Summe aber sehr wohl eine bedenkliche Menge, die eine erhebliche **Umwelt- und Gesundheitsgefährdung** darstellt, zu allererst für die in der Anlage beschäftigten **Mitarbeiter** und sodann für alle **Anwohner in weitem Umkreis**.

In den Antragsunterlagen findet sich kein Wort dazu, wie das verhindert werden soll.

Entsprechendes gilt für alle übrigen v.g. Abfälle, die **gefährliche Stoffe** wie **Fluorchlorkohlenwasserstoffe** oder anderes enthalten, die **giftig und /oder wassergefährdend** sind und die zumindest unbeabsichtigt bei **Betriebsunfällen**, einer **Überschwemmung**, einem **Brand** bzw. bei den **Löscharbeiten** o. ä. **ins Abwasser** oder gar in den **Untergrund** und damit **ins Mineralwasser** gelangen könnten.

Dafür ist in den Antragsunterlagen **keinerlei Vorsorge vorgesehen**.

3.3) Umgang mit Asbest

Zu **Asbest** und **KMF**, beides **lungengängige** und deshalb **äußerst gesundheitsgefährdende Fasern**, heißt es im Abschn. 2.4 „Arbeitsschutz“ auf S.2 lediglich: *„Asbest- und KMF-haltige Abfälle werden in dafür speziell vorgehaltenen Foliensäcken gesichert und unbehandelt entsorgt. Zum Umgang mit aufgeplatzten Säcken etc. sind nach TRGS 519 und TRGS 521 befähigte Mitarbeiter verfügbar.“*

Das ist **völlig unzureichend!** Immerhin ist lt. v.g. „AVA-Katalog“ die Anlieferung von **täglich 40 t asbesthaltiger Dämm- und anderer asbesthaltiger Stoffe** sowie eine **Lagermenge von 50 t asbesthaltiger Stoffe** beantragt. Nach **TRGS** (Technische Regeln für Gefahrstoffe) und **GefStoffV** (Gefahrstoff-Verordnung) dürfen **Asbesthaltige Stoffe** nur in **besonderen, eigens dafür hergerichteten Räumen** untergebracht werden. Nach der hier vorgelegten dürftigen Beschreibung des Vorhabens ist das jedoch **nicht gewährleistet**. „Befähigte Mitarbeiter“ ersetzen nicht das Vorhandensein geeigneter Räume!

Das beginnt schon mit der Frage: Wie gelangen die asbesthaltigen Stoffe in die genannten Foliensäcke? **Asbest** darf nur in dafür **geeigneten reißfesten Säcken** angeliefert werden – was aber geschieht bei offener oder nicht vorschriftsmäßiger Anlieferung? Wird diese verweigert und der Anlieferer sodann mit seiner gefährlichen Fracht wieder fortgeschickt, wobei dann weiterhin Asbestfasern in die Umwelt freigesetzt werden? Das wäre jedenfalls nicht im Sinne des Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Auch in einem solchen Fall ist die Annahme der asbesthaltigen Stoffe zwingend geboten; der Betreiber hat diese in dafür **geeigneten Räumlichkeiten** sicher umzufüllen. Dies gilt auch für das Umfüllen aufgeplatzter Säcke.

Hierzu wird auf die Gefahrstoff-Verordnung (**GefStoffV**) Ziff. 2.4.3 „**Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit Asbestexposition**“ hingewiesen. Diese fordert eine **staubdichte Abtrennung des Arbeitsbereiches** und eine **raumluftechnische Anlage**, um diesen zu **durchlüften** und unter einem **ausreichenden Unterdruck** zu halten. Der Zugang ist mit einer **Personenschleuse** mit **Dusche** und **Materialschleuse** zu versehen. Den Beschäftigten sind geeignete **Atenschutzgeräte, Schutzanzüge** und ggf. weitere persönliche **Schutz-Ausrüstungen** zur Verfügung zu stellen.

Zu alledem findet sich jedoch kein einziges Wort in den **Antragsunterlagen**; diese sind folglich **unvollständig** und **nicht sachgerecht**.

Angesichts der vorgesehenen Mengen von **40 t asbesthaltiger Stoffe täglich** muß mit einer nicht unerheblichen **Menge** an **dabei freigesetzten Asbestfasern** in die **Umwelt** gerechnet werden. Das dem Antrag beigefügte „Staubgutachten“ geht darauf jedoch nicht ein, ist also unvollständig und somit als **Nachweis der Unbedenklichkeit nicht geeignet**.

4.) **Entwässerungs-Anlagen gefährden das Mineralwasser**

4.1) **Fehlende Abwasser-Aufbereitung**

Dem Antrag beigefügt ist eine „Beschreibung der Abwasseranlage“, umfassend 2 ½ Seiten Erläuterungen und 4 Blatt Berechnungen „Regenmengen“ sowie eine schematische Darstellung der Regen-Rückhalte-Anlage. Die Bezeichnung „Abwasseranlage“ ist hier unangebracht; es geht ausschließlich um den Nachweis einer ausreichenden Regenwasser-Rückhaltung für einen Bemessungsregen (5 Minuten Dauerregen mit einer Regenspende von 498,8 l/sec x ha).

Schmutzwasser wird nur für folgende Bereiche berücksichtigt:

- Schmutzwasser Sozialräume 5,2 l/s
- Schmutzwasser Wiegehaus 2,5 l/s
- Schmutzwasser Villa 4 Wohnungen 5,2 l/s

zusammen 12,9 l/s, d.h. nur etwa 1 % der abzuleitenden Gesamtmenge ist häusliches Schmutzwasser, das keiner Behandlung/Aufbereitung bedarf.

Irgendwelche **Schutzmaßnahmen zur Rückhaltung gefährlicher Stoffe** sind **nicht vorgesehen**.

So **fehlt** u.a. die zur **Neutralisierung von Batterie-Säure** (s Abschn. 3.2) und anderer Stoffe notwendige **Neutralisations-Anlage**; sie ist weder im Genehmigungsantrag enthalten noch in v.g. „Beschreibung der Abwasseranlage“ erwähnt.

Aus dem Antrag geht nicht einmal hervor, ob der Bereich der **Betankungsanlage** über einen **Koaleszenz-Leichtstoff-Abscheider** entwässert wird, wie für Betankungsanlagen und Füllplätze **vorgeschrieben**, um zu verhindern, daß etwa ausgetretener Kraftstoff in die Abwasser-Kanalisation gelangen kann. Dazu muß der Bereich der Betankungsanlage als „**dichte Wanne**“ mit seitlicher Begrenzung ausgebildet werden. In der dem Antrag beigefügten „Beschreibung der Abwasseranlage“ wird dies nicht einmal erwähnt; die Beschreibung ist somit unvollständig und fehlerhaft.

Lt. Antrag ist die Lagerung von **5.395 t gefährlicher Abfälle** auf dem Gelände vorgesehen, **überwiegend im Freien**, etwa „Baggergut, das gefährliche Stoffe enthält“. Diese enthalten **wassergefährdende Stoffe**, die nicht ins Abwasser gelangen dürfen, etwa **Quecksilber, Fluorchlorkohlenwasserstoffe** u.a.m.

Wird auch nur ein Anteil von **einem Promille** an **ausschwemmbaren Stoffen** aus der v.g. gelagerten Menge gefährlicher Abfälle zugrundegelegt, so können bis zu **5,4 t wassergefährdender Stoffe** bei einem Regenguß in die Abwasser-Kanalisation geschwemmt werden.

Doch selbst für die in den **Bereichen der gefährlichen Abfälle** bei Reinigungsvorgängen und Berieselung zur Staubbildung anfallenden **Abwässer** sowie für **Niederschlagswasser** ist **keinerlei Aufbereitung** vorgesehen, obwohl eine **Schadstoff-Ausschwemmung** zumindest nicht ausgeschlossen werden kann.

Die **Abwassersatzung verbietet** jedoch das Einleiten **schadstoffbelasteter Wässer** in die Abwasser-Kanalisation. Als **Mindestanforderung** ist ein **Rückhaltebecken** vorzusehen, aus dem Abwasser erst dann in die Kanalisation abgelassen werden darf, wenn durch **Beprobung die Unbedenklichkeit des Abwassers nachgewiesen** ist und somit sichergestellt wird, daß **zulässige Grenzwerte schädlicher Inhaltsstoffe** im abzulassenden Wasser **nicht überschritten** werden.

Bei festgestellter **Grenzwert-Überschreitung** muß die belastete Abwassermenge entsprechend **aufbereitet** oder ggf. abgepumpt und anderweitig als Gefahrstoff entsorgt werden. Die **Beprobungen** müssen **nachprüfbar dokumentiert** werden.

Die beabsichtigte **Abwasser-Ableitung** mit **unkontrollierter Schadstoffabgabe** in die **öffentliche Kanalisation** **schadet** dem **Klärwerksbetrieb** und ist **nicht zulässig**.

Der gestellte **Genehmigungsantrag** ist auch hinsichtlich der Abwasserableitung **nicht genehmigungsfähig**.

4.2) Niederschlagswasser-Ableitung als Gefährdung des Mineralwassers

Im Abschnitt 2.2.1 „Schematische Darstellung der Anlage“ heißt es auf S. 9 „Betriebsflächen“ lediglich:

„Die Oberflächen der Betriebsflächen (für alle Betriebseinheiten) werden so ausgeführt, dass eine Verunreinigung des Untergrundes ausgeschlossen ist. Darstellung siehe in 2.3.1: «Aufbau der Lagerflächen mit Asphalt und Anschluss an Schwerlastwand z.B. MegaBloc»“

Das ist unzureichend, um ein **Eindringen schadstoffbelasteter Oberflächenwässer** aus Niederschlägen, Reinigungsvorgängen und Berieselungswasser in den **Untergrund** und damit eine **Schädigung des Mineralwassers** auszuschließen.

Wie bereits vorstehend in Abschnitt 1.1 „Gefährdung des Mineralwassers – Verstoß gegen die Heilquellen-Schutzverordnung“ dargelegt, kann der als „Schutzmaßnahme“ gegen „Verunreinigung des Untergrundes“ angegebene **„Oberflächen-Aufbau** der Betriebsflächen mit **Asphalt**“ nicht verhindern, daß **schadstoff-belastetes Betriebs- und/oder Niederschlagswasser** auf die nicht befestigten Bereiche übertritt und dort in den **Untergrund versickert**, wo es **ins Mineralwasser gelangt** und dieses nachteilig verändert.

Nach der **Heilquellenschutzverordnung** ist das **nicht zulässig!**

Überdies bietet auch eine **Asphaltdecke keine Gewähr für dauerhafte Dichtigkeit**; durch nicht auszuschließende Risse und Spalten, die u.U. auch erst durch die Beanspruchung im laufenden Betrieb entstehen können, kann belastetes Niederschlags- wie auch Berieselungswasser sehr wohl in den **Untergrund sickern** und das **Mineralwasser schädigen**. Die **dauerhafte Dichtigkeit** einer „Schwarzdecke“ wird ja **nicht überprüft**.

Der gestellte **Genehmigungsantrag** bietet **keine Gewähr** dafür, eine **Schädigung des Mineralwassers** sicher auszuschließen.

4.3) Fehlende Löschwasser-Rückhaltung

Für Anlagen, in denen **wassergefährdende Stoffe** in größerer Menge gelagert werden, wie hier bei dem beantragten Vorhaben, ist nach LBO (Landesbauordnung) eine **Löschwasserrückhaltung** entsprechend der „Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie“ (**LÖRüRI**) **zwingend vorgeschrieben**, damit das im Brandfall eingesetzte **Löschwasser** nicht mit beim Löschvorgang **ausgeschwemmten Schad- und Gefahrstoffen belastet** in die öffentliche **Kanalisation** oder in die **Umgebung** gelangen kann.

Obschon die vorgesehene **Lagermenge gefährlicher Stoffe** mit **5.395 t** erheblich ist und ein **hoher Anteil davon als wassergefährdend** anzusehen ist, die die **Schwellwerte** der **LÖRüRI** weit übersteigen, hält der Antragsteller eine Löschwasser-Rückhaltung nicht für erforderlich. In dem zu den Antragsunterlagen gehörenden „Brandschutzkonzept“ v. 14.11.2016, aufgestellt von Halfkann + Kirchner BI für Brandschutz, Stuttgart, heißt es dazu auf S. 16, Abschn. 4.3 „Umweltschutz und Löschwasser-Rückhaltung“:

„Maßnahmen zur Löschwasserrückhaltung werden auf Basis der zur Beurteilung vorgelegten Planung sowie den Angaben der Bauherrschaft für den Gebäudekomplex nicht erforderlich, da keine wassergefährdenden Stoffe gelagert bzw. die Mengenschwellen der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie nicht überschritten werden.“

Den Nachweis der gelagerten Mengen wassergefährdender Stoffe hat der Gutachter jedoch unterlassen; er stützt sich dabei allein auf die Aussage seines Auftraggebers, den Antragsteller, wassergefährdende Stoffe würden hier nicht gelagert. Diese Vorgehensweise des Gutachters entspricht nicht den Grundsätzen einer gewissenhaften, unabhängigen Gutachten-Erstellung; das vorgelegte **Brandschutzkonzept** ist **fehlerhaft** und somit **als Nachweis wertlos**.

Eine **Löschwasser-Rückhaltung** entsprechend der **LÖRüRI** ist **unverzichtbar** angesichts der hier gelagerten Mengen von **5.395 t gefährlicher Stoffe**, von denen ein **hoher Anteil als wassergefährdend** anzusehen ist, der die Schwellwerte der **LÖRüRI** weit übersteigt.

5.) Brandschutzkonzept untauglich

Das zu den Antragsunterlagen gehörende „**Brandschutzkonzept**“ v. 14.11.2016, aufgestellt von Halfkann + Kirchner BI für Brandschutz, Stuttgart, **beschränkt** sich ausschließlich auf die „**Nördliche Halle**“, die als **BE 5** zur **Lagerung „Gefährlicher Abfälle“** vorgesehen ist. Der gesamte übrige Gebäudebestand und auch die Freibereiche werden nicht mitbetrachtet, obschon eine Gesamtgenehmigung für das beantragte Vorhaben unter Einbeziehung der bereits bestehenden Anlagen und Gebäude erforderlich ist.

Insoweit ist das **vorliegende „Brandschutzkonzept“ unzureichend.**

Die „Nördliche Halle“ wird vom Brandschutzgutachter als „**Sonderbau**“ eingestuft und die brandschutz-technischen Anforderungen nach der „Industriebau-Richtlinie“ Fassung 07/2014 im sogen. „**vereinfachten Verfahren**“, d.h. **ohne Ermittlung der Brandlasten**, bestimmt. Diese Vorgehensweise ist angesichts der **großen Lagermenge gefährlicher Abfallstoffe** unverständlich; die Brandlast-Ermittlung ist nachzuholen.

Darüber hinaus sind darin **weitere Ungereimtheiten** enthalten:

- **Nachweis der Brandabschnittsgröße** (s. Abschn. 3.2, S. 11 + 12):

Maßgebend ist die **Hallen-Grundfläche**, die der Gutachter mit **1.591 m²** zugrunde gelegt hat. Danach ist **ein Brandabschnitt** für die **gesamte Halle** ausreichend; zulässig wäre in der Sicherheitskategorie K1 eine Brandabschnittsfläche bis zu 1.800 m².

Im Erläuterungsbericht / Beschreibung der Betriebseinheiten wie auch im Übersichtsplan „Recyclingpark Neckartal“ ist die **Hallen-Grundfläche** für die **BE 5** jedoch mit **2.250 m²** angegeben. Damit aber wäre die Aufteilung auf **zwei Brandabschnitte** notwendig, d.h. eine **bauliche Unterteilung der Halle** mittels einzuziehender **Brandwand** und **Brandschutztüren**, also **zusätzliche Baumaßnahmen**.

Welche Angaben stimmen nun, die im Erläuterungsbericht und dem Übersichtsplan – oder die im „Brandschutzkonzept“?

- **Rauch- und Wärmeabzug** (s. Abschn. 3.3, S. 13 + 14):

Die vom Brandschutz-Gutachter für eine maßgebliche Hallengrundfläche von 1.591 m² ermittelten aerodynamisch wirksamen Flächen für die **erforderlichen Rauch- und Wärmeabzugsöffnungen** reichen für die im Antrag angegebene **Hallengröße von 2.250 m²** bei weitem **nicht aus**, siehe vorstehende Anmerkung!

- **Wandhydranten** (s. Abschn. 4.12.2, S. 24):

Der Brandschutz-Gutachter verweist auf Ziff. 5.14.1 der „Industriebau-Richtlinie“, wonach Wandhydranten bei Grundflächen von mehr als 1.600 m² gefordert werden. Weil er eine Hallengrundfläche von nur 1.591 m² ansetzt, so folgert er, Wandhydranten seien nicht notwendig.

Im Antrag sind aber 2.250 m² Hallen-Grundfläche genannt; dafür sind dann allerdings

Wandhydranten notwendig.

Die geringfügige Unterschreitung dieses Grenzwertes um gerade mal 9 m² im Brandschutz-Gutachten macht stutzig – erspart dies doch dem Antragsteller etliche kostenträchtige Brandschutz-Aufwendungen.

Mit diesen **Unstimmigkeiten** in den Antragsunterlagen ist das beantragte **Vorhaben nicht genehmigungsfähig!**

6.) Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Nachbarschaft

6.1 Freisetzen von Stäuben

Den Antragsunterlagen beigelegt ist ein „Staub-Gutachten“, in welchem die Ausbreitung von den im Betrieb freigesetzten Stäuben untersucht wurde mit der Feststellung, es seien keine nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Dieses **Gutachten** ist jedoch für die **Beurteilung der Auswirkungen auf die Nachbarschaft** der angrenzenden Wohnsiedlungen Münster und Hallschlag **untauglich**, u.a. aus folgenden Gründen:

- Grundlage für die Ermittlung der Staubfreisetzung ist der **gemittelte Tagesdurchsatz** der Anlage von 2.785 t/d, indem der Jahresdurchsatz von 668.450 t/a gleichmäßig auf 240 Arbeitstage verteilt betrachtet wird. Beantragt ist aber ein **Tagesdurchsatz von 22.917 t/d**, rd. 8 mal mehr. An Tagen mit vollem Durchsatz wird folglich auch eine entsprechend **sehr viel größere Staubmenge** freigesetzt, die sich ungleich stärker auf die Nachbarschaft auswirkt. Dies ist nicht untersucht worden.

- Die **Staubausbreitung** wurde für die **Partikelgröße PM 10** berechnet. Geringere Partikelgrößen werden aber viel weiter getragen und sind überdies als **Feinstaub PM 2,5 gesundheitlich weitaus gefährlicher**, weil lungengängig.
 - Die **Ausbreitung lungengängiger Asbestfasern** wurde nicht berücksichtigt und muß nachgeholt werden.
- Die Ermittlung der Staub-Ausbreitung ist für die **Antragsmenge 22.917 t/d** und auch für die **Partikel-Fraktion PM 2,5** sowie für **Asbeststäube** neu durchzuführen.

6.2 Freisetzung schädlicher Gase und Gerüche

Die Freisetzung **schädlicher Gase** sowie von Gerüchen aus dem Anlagenbetrieb und deren Auswirkungen auf die Nachbarschaft sind nicht untersucht und bewertet worden. Angesichts der großen Menge der hier umgeschlagenen gefährlicher Stoffe von täglich 1.422 t/d ist dies jedoch zwingend nachzuholen.

Außerdem sind die **im Brandfall freigesetzten Mengen an Rauch und Brandgasen** zu untersuchen.

6.3 Lärm + Anlieferverkehr

Die Auswirkungen der vom Vorhaben ausgehenden **Lärmbelästigung** und des **Anlieferverkehrs** auf die angrenzenden Wohnsiedlungen Münster und Hallschlag ist für den **antragsgemäßen Tagesdurchsatz von 22.917 t/d** zu ermitteln.

Dipl.Ing. Hans Heydemann